

Eltern sorgen sich um die Zukunft ihrer Grundschul Kinder

Transparenz wird vermisst

Von Rainer Nix

ALTENBERGE. Seit Sommer 2018 gibt es den einstimmigen Ratsbeschluss, die Borndal- und Johannesgrundschule zusammenzulegen. Zunächst soll ein pädagogisches Konzept entwickelt werden, danach wird über Baumaßnahmen gesprochen.

Seitdem ist die Schulpolitik im Hügeldorf ein brisantes Thema. Am vergangenen Montagabend luden die Schulpflegschaften beider Grundschulen alle Eltern in die ehemalige Gaststätte „Treffpunkt“, Gooiker Halle, ein. Jörg Pferdenges, Vorsitzender der Pflegschaft Johanneschule und Rüdiger Schipper, Vorsitzender der Pflegschaft Borndalschule, leiteten die Versammlung.

»Unsere zwei Grundschulen haben sich bewährt.«

Rüdiger Schipper

„Wir wollten erst einmal schauen, wie viel Resonanz es zu diesem Thema gibt“, so Schipper. Sie war größer als erwartet. So formierte sich ein unverbindlicher Eltern-Zusammenschluss, der das Wohl der Grundschul Kinder weiter im Auge haben wird.

Ein großes Problem gibt es offensichtlich mit dem Kommunikationsfluss. Die Ratsentscheidung hat alle überannt. Kaum jemand bekam



Eltern von Grundschulkindern in Altenberge melden sich jetzt zu Wort. Sie vermissen eine schlüssige Begründung, warum es künftig nur noch eine große Schule geben soll. Es gibt Befürchtungen, dass dies den Grundschulkindern nicht gerecht wird. Foto: Rainer Nix

im Vorfeld mit, dass es überhaupt zur Debatte stand, die beiden Schulen zusammenzulegen. „Das wurde entgegen der Ankündigung von Bürgermeister Jochen Paus nicht kommuniziert“, so Schipper. Sicherlich habe etwas in der Zeitung gestanden, doch bei den Eltern blieben zahlreiche Fragen offen.

Warum die Ratsentscheidung so rasch fiel, das können wir bislang nicht nachvollziehen“, erklärten die Schulpflegschaftsvorsitzenden gleich zu Beginn. Eine Dringlichkeit sei doch nicht gegeben. Keine der beiden

Schulen sei so marode, dass dort kein Kind mehr unterrichtet werden könne, auch die Unterrichtsversorgung stimme. Ob eine große sechszügige Grundschule den individuellen Bedürfnissen von Mädchen und Jungen gerecht werden kann, stehe dabei noch auf einem anderen Blatt.

Eine Möglichkeit, juristisch gegen den Ratsbeschluss vorzugehen, existiert nicht. Die Widerspruchsfrist ist längst abgelaufen. Was bleibt ist der Dialog. Genau den wollen Schulpflegschaften und Eltern jetzt suchen. Mit am Montag formulier-

ten Fragen, die vorher noch einmal aufgearbeitet werden, gehen die Schulpflegschaftsvertreter in die nächste Schul-, Sozial- Sport- und Kulturausschusssitzung am kommenden Montag (28. Januar) um 18 Uhr im Bürgerhaus. Möglicherweise, so die Hoffnung, kann der Rat der Stadt motiviert werden, seine Entscheidung neu zu diskutieren.

„Unsere zwei Grundschulen haben sich bewährt“, hebt Schipper hervor. Doch auch eine einzige große Schule wird keineswegs von sämtlichen Eltern abgelehnt. Es ist erst einmal nur ein Ge-

fühl, dass dies nicht gut sein könnte, aber vielleicht hat die vom Rat beschlossene Lösung ja auch ihre positiven Seiten.

Alle anwesenden Eltern wünschen sich Transparenz, sie möchten genügend Informationen bekommen, um sich eine vernünftige Meinung zu bilden. „Wir beabsichtigen nicht gleich, vor dem Rathaus zu demonstrieren, schließen diese Maßnahme aber auch nicht ganz aus“, sagt Schipper. Man warte erst einmal ab, wie die Politik reagiere. „Danach entscheiden wir über das weitere Vorgehen.“

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.

Quelle

Verlag
Publikation
Ausgabe
Datum
Seite

: Westfälische Nachrichten
: Steinfurt
: Nr.19
: Mittwoch, den 23. Januar 2019
: Nr.19